

# GRÜNSPIEGEL

parteilich • aktuell

November/Dezember 2006

Informationen zur grünen Kommunalpolitik  
in Stadt und Kreis Ludwigsburg

Ausgabe 28

## Die LDK in Bad Krozingen

VON CHRISTIAN GÄRTNER

Nach dem ersten kurzen Kälteeinbruch dieses Winters Mitte November kamen ca. 200 Delegierte aus ganz Baden-Württemberg im Kurort Bad Krozingen in der Nähe von Freiburg zusammen, um wichtige Entscheidungen zu treffen. Grau war der Himmel draußen – aber innen im Kurhaus leuchtete alles in strahlend grünen Farben – ein Signal für das nächste Jahr, in dem die grüne Strahlkraft weiter zunehmen soll.

Der Samstag war geprägt von inhaltlichen Diskussionen. Nach einer allgemeinen Analyse der politischen Großwetterlage durch den Bundesvorsitzenden und Baden-Württemberger Reinhard Büttikofer sowie dem scheidenden Landesvorsitzenden Andreas Braun gab es eine muntere Debatte über die Ausrichtung der Grünen auf Bundesebene sowie im Ländle. Auch die Fraktionschef im Landtag, Winfried Kretschmann, hatte genug Kritikpunkte an der Landesregierung vorzubringen.

### Umweltpolitik

Wichtiges inhaltliches Thema war am Samstag noch das Thema Ökologie – DAS Kernthema der Grünen. Allzu viel zu diskutieren gab es hier nicht – denn bei diesem Thema ist sich die gesamte Partei doch meist einig. Reichlich Gesprächsstoff bot allerdings ein vom Landesvorstand eingeladenen Professor, der die Umweltpolitik der CDU in Baden-Württemberg als mustergültig hinstellte. Grund genug für unseren Abgeordneten Franz Untersteller (zugleich umweltpoliti-



ALTE UND NEUE LANDESVORSTÄNDE

FOTOS: JULIA SCHWEIZER

scher Sprecher), heftig dagegen zu halten und die Mißstände der Umweltpolitik im Land aufzudecken. Mit seiner Rede weckte er die meisten Delegierten richtig auf und traf die Seele der grünen Basis. Die Anträge zum Thema Umweltpolitik wurden größtenteils mit großen Mehrheiten angenommen, nur bei sehr speziellen Fragen gab es unterschiedliche Meinungen. Die Endlosdebatte zur Trennung von Amt und Mandat flammte auch noch kurz auf – doch ohne richtiges Ergebnis. Zur Abrundung gab es noch einige andere Anträge sowie die Wahlen für die Redaktion der Grünen Blätter.

### Neuer Landeschef

Mit weit größerer Spannung wurde der Sonntag erwartet, ging es doch um die Wahl eines neuen Landesvorsitzenden. Doch zuerst wurde der schei-

dende und dienstälteste Landesvorsitzende Andreas Braun verabschiedet. Besonders amüsant war die Rede unserer Alterspräsidentin Irmgard Zecher. Für Andreas Braun gab es viel Lob von allen Seiten. Die Delegierten verabschiedeten ihn zum Schluss mit minutenlangen standing ovations. Die Wahl zum neuen Landeschef dauerte 2 Wahlgänge – erst im 2. Wahlgang setzte sich der 29-jährige Daniel Mouratidis endgültig gegen den Heidelberger Rechtsanwalt Memet Kilic durch. Der dritte Bewerber, Alexander Schenk, hatte seine Kandidatur bereits nach dem 1. Wahlgang zurück gezogen.

Der neue Landesvorsitzende erläuterte den Delegierten zum Ende der LDK seine Pläne für die nächste Zeit. Insgesamt ging von der LDK ein kämpferisches Signal für die Zukunft aus – überall soll es grünen, ob im Land, im Bund oder in den Kommunen!

## Grüner Abgeordneter schlägt Castor vor

Ein verspäteter Aprilscherz? Das Redaktionsteam des Grünspiegels hat nachgeforscht. Ergebnis: Den Vorschlag gibt es tatsächlich und zwar von „unserem“ MdL Franz Untersteller.

### Die Ausgangslage

Die EnBW hat für Obrigheim ein Zwischenlager für abgebrannte Brennstäbe beantragt, da der Rückbau des still gelegten AKWs in den nächsten Jahren beginnen soll und aus dem Nasslager in Obrigheim alle Brennstäbe entfernt werden müssen. Für sie hat die EnBW eine „Hütchen-Lösung“ beantragt. Das bedeutet, dass im Freien 15 Hütchen stehen, unter denen die Castoren lagern. Wie sicher diese Lösung ist, kann man sich denken. Zudem sei noch angemerkt, dass diese Lösung bei anderen AKWs nur als Interimslösung für 5 Jahre genehmigt wurde, keinesfalls aber für 40 Jahre. Laut Franz Untersteller ist eine Genehmigung für Obrigheim mehr als fraglich. Er ist sich sogar sicher, dass sie nicht erteilt wird.

### Die Idee

Franz Untersteller denkt aber weiter. Er will keine unsichere Zwischenlösung, er will Obrigheim frei von Atom-brennstoff machen! Dazu sollen die 15 Castoren aus Obrigheim in Philippsburg zwischengelagert werden, wo bereits ein ausgebautes und sicheres Zwischenlager besteht. Hintergrund seiner Idee ist auch die Tatsache, dass die EnBW eine gewisse Strommenge von Philippsburg nach Obrigheim übertragen hat und dieses somit später

vom Netz gegangen ist als ursprünglich geplant. Die 15 Castoren entsprechen ungefähr dieser Strommenge. Eigentlich eine logische Idee, oder? Hierzu müsste aber einmalig ein Castortransport von Obrigheim nach Philippsburg rollen. Mit den früheren Castoren von La Hague nach Gorleben nicht zu vergleichen. Denn der Transport würde dazu beitragen, dass ein Standort komplett Kernbrennstofffrei wird.



### Die Reaktionen

Die CDU fand den Vorschlag wohl interessant, hat es sich aber nicht getraut, ihm öffentlich zuzustimmen. Der Bürgermeister von Philippsburg reagierte empört. Die Anti-Atom-Partei SPD äußerte sich kritisch und brachte sogar eine Anfrage in den Landtag ein. Die EnBW hält an ihrem Antrag auf ein dilettantisches Zwischenlager fest. Und was macht unser Landtagsabgeordneter? Er wartet ab und trinkt Tee. Denn er ist sich sicher: Die EnBW wird eines Tages auf seinen Vorschlag zurück kommen müssen.

## „Grüner ist besser“ – und das alte Logo auch

TEXT UND FOTOS: JULIA SCHWEIZER

Es sollte eigentlich nur ein kleiner Punkt auf der Tagesordnung der Bundesdelegiertenkonferenz sein: Die Vorstellung des neuen Logos. Doch der Bundesvorstand hatte nicht mit dem Widerstand der Basis gerechnet, die nicht nur das neue Logo mit wohl großer Mehrheit ablehnte, sondern auch bei darauf folgenden Abstimmungen



RENATE KÜNAST: MACHTE BEI DER AKTION DER GRÜNEN JUGEND „FLIEGEN MACHT DAS KLIMA HEIß“ MIT UND FALTETE EINEN PAPIERFLIEGER

ihren Unmut über die Vorgehensweise zeigte. Ergebnis: nach langer Debatte und einigen Anträgen gegen das neue Logo (Argumente: „Bündnis 90“ zu klein geschrieben, nur schwer für Menschen mit Sehbehinderungen erkennbar, auf den meisten Kopierern schlecht zu vervielfältigen, „von oben“ übergestülpt) wurde es vom Bundesvorstand zurückgezogen. Und Claudia Roth und Reinhard Büttikofer mit lediglich 66,5% (2004: 77,9), bzw. 71,8% (85,1) als Bundesvorsitzende wiedergewählt, ebenso Steffi Lemke als Politische Bundesgeschäftsführerin. Größere Zustimmung gab es hingegen für die Reden der Vorsitzenden, die vor allem die Große Koalition angriffen. „Ein Jahr Große Koalition – es kommt mir länger vor als 100 Jahre Einsamkeit“ resümierte Claudia Roth die Zeit nach der Bundestagswahl und zog eine Parallele zum sportlichen Nummer 1-Thema der Gastgeberstadt Köln: „Mehr

Abseits geht nicht“. Gegensätze, so sagte sie, seien zwar gut, „aber in der Großen Koalition herrscht nicht Ying und Yang, sondern Hü und Hott, Gift und Galle“. Dies trage auch zur Politikverdrossenheit bei und bereite einen Boden für Rechtsextremismus. Kritik gab es auch an Umweltminister Gabriel für seine „Placebo“-Umweltpolitik und den Handel mit Emissionszertifikaten. Die SPD habe sich beim Thema Umwelt nur grün angestrichen, aber nun ist „die grüne Seifenblase geplatzt und es rieselt Kohlestaub“, pflichtete der Fraktionsvorsitzende Fritz Kuhn bei. Gerade beim Thema Umwelt müssten sich die Grünen weiter profilieren. Aber auch die Grüne Marktwirtschaft müsse vorangetrieben werden, und die im Raum stehenden Ideen eines bedingungslosen Grundeinkommens oder einer Grundsicherung ausgearbeitet und diskutiert werden. Gerade beim Thema Gesellschaftspolitik gebe die CDU ein schlechtes Bild ab: „Die machen immer den 3. oder 4. Schritt vor dem ersten“ und nannte als Beispiel das Kindergeld, wo doch bessere Betreuungsmöglichkeiten aus Grünen-Sicht vorrangig gewesen wären. Und deshalb versprach Fritz Kuhn auch: „Wir beobachten CDU und SPD und konfrontieren sie mit unseren Fragen, denn auf uns kommt es an“.

Passend das Motto der BDK: „Grüner ist besser“. Umweltpolitik war eines der Schwerpunktthemen in den drei Tagen, und der bekannte Klimaforscher Dr. Mojib Latif warnte in seinem Vortrag dabei: „Lassen Sie sich nicht verrückt machen, wenn es heißt, dass wir solche Klimaänderungen schon immer hatten. So schlimm war es noch nie“. Jeder einzelne könne seinen Beitrag leisten, um die Entwicklungen, wenn man sie

schon nicht aufhalten könne, dann doch zu verlangsamen und in ihren Auswirkungen abzuschwächen. Renate Künast forderte daher, radikale, aber auch realistische Forderungen zu stellen. Die Mehrheit der Partei folgte ihr und lehnte den Antrag nach Nullemission bis zum Jahr 2020 ab und gab dem Modell, welches parallel noch die Förderung von „Brückentechnologien“ bis zur vollständigen Umstellung auf Erneuerbare Energien 2050 vorsieht, den Vorzug.

Die weiteren wichtigen Themen sollten die Zukunft der sozialen Sicherung (hierzu wurde lediglich die Einsetzung einer Kommission beschlossen), die EU-Ratspräsidentschaft sowie der Einsatz in Afghanistan sein – doch aufgrund der Fülle der Anträge und Redebeiträge wurde der Beginn des Parteitags am Sonntag auf halb neun vorverlegt – wohl zu früh für viele Delegierte, die am Abend noch auf der Party feierten. Die Plätze des Ludwigsburger Kreisverbandes hingegen waren komplett besetzt. Und so konnten wir die Diskussion über den Truppenabzug – ja oder nein gebannt mitverfolgen. Die Mehrheit der Delegierten folgte auch hier wieder der Forderung des Vorstands gegen die sog. Exit-Strategie.



DAS „KULTURPROGRAMM“ DER BDK: DIE ROSA FUNKEN, HIER MIT VÖLKER BECK

## Was der Klimaschutz mit der Multifunktionshalle zu tun hat

VON ROSWITHA MATSCHINER

Ludwigsburg. Klimaschutz hat bei unseren kommunalpolitischen Aktivitäten höchste Priorität, weil Kommunen mit zahlreichen Maßnahmen in der Summe auch international etwas bewegen können. In diesem Zusammenhang war auch die begehrte neue Multifunktionshalle ein Schwerpunkt unserer diesjährigen Haushaltsrede. Von der Stadtverwaltung und den Ludwigsburger Basketballern werden wir mächtig unter Druck gesetzt, diese Halle endlich auf den Weg zu bringen. Wir hatten in einer Anzeige in der LKZ gefragt: „Braucht Ludwigsburg eine Multifunktionshalle?“ (Kosten inkl. Parkierung und Grundstück rund 23 Mio €). Der Ludwigsburger Basketball-Fanclub Dunking Duke hat natürlich auf seiner website heftig dazu aufgerufen, für die Halle zu stimmen. 28 emails und 2 ausgefüllte Anzeigen haben uns erreicht, die für die Halle sprechen. Dem gegenüber standen nur 5 Meldungen gegen die Halle.

Wir haben dem Fan-Club folgende Antwort, die auch die Argumente aus unserer Haushaltsrede widerspiegelt, zukommen lassen:

Allen Mitgliedern des Fun-Clubs Dunking Duke herzlichen Dank für die Rückmeldungen zu unserer Umfrage zur Multifunktionshalle. Die zahlreichen guten und ausführlichen Argumente haben uns beeindruckt und haben sich auch auf die Diskussion in der Fraktion und das Abstimmungsverhalten ausgewirkt. Keine Frage: die Multifunktionshalle wäre wünschenswert und könnte mit dem Standort am Bahnhof und einem guten ökologischen Konzept – im Gegensatz zu früheren Plänen einer Großsporthalle in den 90er Jahren auf der „grünen Wiese“ – auch von den Grünen unterstützt werden, wären da nicht die hohen Folgekosten für den städt. Haushalt von ca. 1,5 Mio Euro pro Jahr (einschl. Betriebskosten) auf über 20 Jahre.

Wie Sie nach unserer Abstimmung im Gemeinderat ja wissen, sieht unsere

Fortsetzung auf S.2

### Liebe Freundinnen und Freunde,

das Jahr 2007 geht zu Ende, und wir möchten die Gelegenheit nutzen, unseren treuen Lesern zu danken. Wir hoffen, dass der Grünspiegel und unsere Arbeit euer Interesse gefunden hat. Besonderen Dank möchten wir allen aussprechen, die uns in Form von Artikeln und praktischer Hilfe in diesem Jahr unterstützt haben. • Roswitha und Josef Matschiner für ihre zahlreichen Artikel sowie Hilfe beim Verpacken und Versand • Franz Untersteller für dessen umfangreiche und viele Artikel • Max Bleif und Stefan Köhler für häufige Hilfe beim Verpacken und Versand

- Marion Bienstock-Hanke für zahlreiche Fahrten zur Post
- Petra Heinle-Hettig dafür, dass sie sich bereit erklärt hat, den Grünspiegel von nun an immer zur Post zu bringen
- Eva Mannhardt für zahlreiche Artikel und Berichte aus dem Kreistag • und nicht zuletzt unsere Kreisgeschäftsführerin Susanne Häuser-Essig, die das Einlagen immer perfekt vorbereitet hat
- Ohne Euch hätten wir den Grünspiegel nie so gut machen können! Allen unseren Lesern wünschen wir erholsame Feiertage sowie ein frohes und erfolgreiches neues Jahr.

Das Redaktions-Team  
Christian Gärtner & Julia Schweizer



## Grüne bei der fairen Kaffeetafel

VON SIEGFRIED RAPP

In Ludwigsburg wird einmal im Jahr eine faire Kaffeetafel organisiert. Dieses Jahr beteiligten sich 14 Organisationen und Gruppen an dem Event rund um die evangelische Stadtkirche und den Marktplatz.

Früh morgens um halb acht standen Ingrid Hönlinger (OV Ludwigsburg) und Armin Haller (Kreisrat; re.) bereit, um den Stand der Grünen aufzubauen, die selbst gebackenen Kuchen und den frisch gebrühten Kaffee zu präsentieren. Nachdem sich die Morgennebel gelichtet hatten, kamen zusehends ein

mit einbringen. Natürlich waren auch die verschiedenen Koalitionsüberlegungen, Ampeln aller Art, in der Diskussion.

Von großem regionalem Interesse war dann die umstrittene Nord-Ost-Umfahrung in Stuttgart. Ein lokales Thema erhitze die Gemüter: Die Diskussion um die Wasserelemente, die hinter der Stadtkirche installiert werden sollte. Hier wollen wir Grüne eine ideenreiche und phantasievolle Version. Auch mit den benachbarten Ständen, vom Kindergarten bis zu terre des hommes, gab es einen regen Gedankenaustausch.



FOTO: SIEGFRIED RAPP

blauer Himmel und wärmende Sonnenstrahlen zum Vorschein. Wie auf dem Foto erkennbar, kamen im Laufe des Tages viele Mithelfer dazu. Mit Passanten und Sympathisanten wurden intensive Gespräche geführt, auch über die aktuelle politische Situation. Wichtige Gesprächsthemen kamen natürlich aus der Bundespolitik. Dabei konnten wir nochmals Eindrücke vom Berliner Zukunftskongress der Grünen

Für uns Grüne war an diesem Vormittag viel Bürgernähe spürbar. Es lohnt sich also, auch in der wahlkampf-freien Zeit präsent zu sein, sich die Gedanken der Leute anzuhören und mit ihnen im Gespräch zu bleiben. Die Teilnahme an dieser Veranstaltung hat sich gelohnt und in der OV-Kasse sind auch noch einige Euros gelandet. Also: Das nächste Mal wieder mitmachen!

## ...Multifunktionshalle

Fortsetzung von S.1

Fraktion nach wie vor die hohen Folgekosten und damit die Folgen für andere wichtige Projekte in Ludwigsburg. Überwiegend sind wir der Meinung, dass diese Folgen negative Auswirkungen für die Stadt hätten.

So gibt es seit dem Bau des Forums vor 20 Jahren – auch wg. der hohen Folgekosten – einen Investitionsstau bei den städt. Gebäuden. Die Folge: bis zu 30% gestiegene Energiekosten. Wir wären jetzt endlich in der Lage, diesen Investitionsstau aufzuarbeiten. Wenn jetzt aber das nächste Großprojekt finanziert werden muss, werden wir nicht alles leisten können. Angesichts des Klimawandels sind gerade Kommunen gefordert, alles zu tun, um negative Auswirkungen auf das Klima zu verhindern. Dazu gehört die Gebäudesanierung, die Förderung von Erneuerbaren Energien – auch mit dem Bezug von Ökostrom (dieser Antrag ist in den letzten Jahren an den Kosten gescheitert).

Bezug von Ökostrom und Investitionen in Energiesparmaßnahmen würden den städt. Haushalt die nächsten Jahre stark belasten. Das Geld würde aber, statt für Öl und Gas an Monopole in anderen Ländern zu fließen, das örtliche Handwerk und den Mittelstand stärken. Die Stadt würde lang-

fristig energie-autark und Energiekosten würden reduziert. Für eine nachhaltige Kommunalpolitik und für den Klimaschutz sind diese Investitionen dringend notwendig.

Dazu kommt, dass zahlreiche andere Vereine und Verbände, engagierte Bürgerinnen und Bürger, Schulen, Kinder und Jugendliche mit vergleichsweise sehr bescheidenen Wünschen an uns herantreten, die auch nicht alle finanziert werden können. Wie wollen sie alle diese Wünsche guten Gewissens abweisen, wenn soviel Geld in ein einziges Großprojekt fließt, das zudem auch nur einem Teil der Ludwigsburger ein Anliegen ist?

Bislang jedenfalls hat uns niemand gesagt, auf was wir zugunsten einer neuen Halle verzichten sollen, bzw. wie die Einnahmen jährlich um 1,5 Mio erhöht werden können, um das Projekt kostenneutral zu finanzieren. Wenn z. B. die Wirtschaft bereit ist, diesen Beitrag mit einer Gewerbesteuererhöhung oder einer direkten Förderung zu leisten, würde unsere gesamte Fraktion dem Projekt zustimmen. Wir hoffen, dass auch Sie unsere Argumente anerkennen und würden uns freuen, wenn wir gemeinsam den Ludwigsburger Sport voranbringen. Die Rede zum Haushalt 2007 mit allen Anträgen steht auf unserer Website <http://gr-fraktion.gruene-ludwigsburg.de>



ANZEIGE

**Der eine wollte Mozart hören, der andere Beethoven. Fazit: Es gab Händel.**

Werner Mitsch, dt. Aphoristiker

Sie haben Fragen zu:

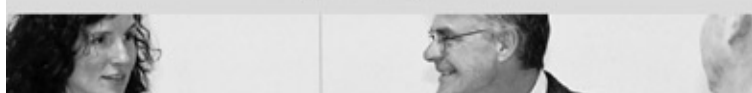
**Trennung und Scheidung / Familie und Erziehung  
Erbauseinandersetzungen / Betrieblichen Konflikten  
Schulproblemen / Coaching / Konfliktmanagement**

Wir bieten Ihnen:

**Mediation, Beratung und maßgeschneiderte Seminare**  
Terminreservierung unter Telefon 0 71 41/688 79 99

**LIKOM** - Ludwigsburger Institut für Konfliktmanagement,  
Mediation und Kulturprojekte  
Marktplatz 2, 71634 Ludwigsburg  
Telefon 07141/688 79 99, Fax 07141/688 79 97  
info@likom.info, www.likom.info

diskret, persönlich, individuell



## Klimaschutzkongress 2006

BERICHT VON ROSWITHA MATSCHNER

Zwei Wochen vor dem Klimagipfel in Nairobi veranstaltete die Landesregierung den diesjährigen Klimaschutzkongress im Ludwigsburger Forum. Erstmals waren dabei auch die Auswirkungen des Verkehrs auf das Klima einbezogen. So räumte OB Spec in seiner Begrüßungsrede ein, dass wir bei der künftigen Gestaltung des Verkehrs neue, bürgernahe Wege beschreiten müssten, um den steigenden Energie- und Flächenbedarf zu begrenzen und die vom Verkehr verursachten Umweltbelastungen auf ein erträgliches Maß zurück zu führen. Er will Bürgerinnen und Bürger mit gezielten Angeboten ermutigen, die Stadt öfter mal als Fußgänger, Radfahrer oder Nutzer des ÖV zu entdecken. Wir werden ihn im Rahmen der Diskussion um das Gesamtverkehrskonzept, bei dem zwar 17 Varianten für eine Westumgehung diskutiert werden, unser Vorschlag für eine Stadtbahn durch Eglosheim aber nicht dabei ist, daran erinnern. Auf die Vorlage eines Zeit- und Investitionsplans zum Radwegenetz warten wir seit über einem Jahr. So driften halt schöne Worte bei passenden Anlässen und Taten in der Realität oft auseinander.

Dabei ist Handlungsbedarf dringend geboten! Dass „der Klimawandel bereits eingesetzt hat“, erkannte selbst Umweltministerin Tanja Gönner in ihrer Begrüßungsrede. Das Ziel: „die Erwärmung bis 2050 um 2°C zu begrenzen und Maßnahmen zu ergreifen um uns diesen selbst dann drohenden Veränderungen anzupassen.“ Die Forderung: „Energie muss auch in Zukunft in ausreichender Menge zur Verfügung stehen und bezahlbar sein.“ wobei sie offen lässt, was sie unter „ausreichend“ und „bezahlbar“ versteht. Wir leben in Deutschland derzeit ökologisch 3-4fach über unsere Verhältnisse. Tendenz steigend.

Laut Andreas Troge (Präsident des Umweltbundesamtes) hat die Bundesregierung durch die beispielhafte Förderung der erneuerbaren Energien erreicht, dass seit 1999 (unter der rot-grünen Regierung) 30 Terrawattstunden mit erneuerbaren Energien erzeugt wurden. Allerdings nahm der Energieverbrauch in Deutschland im gleichen Zeitraum um 50 Terrawattstunden zu! Allein der Zuwachs des Energieverbrauchs in China entsprach im letzten Jahr dem Gesamtverbrauch in Deutschland. 1.8 Milliarden Menschen haben heute noch keinen Zugang zu Strom. Wollen wir allen Menschen die gleichen Chancen geben, müssen wir lt. Troge, alle Möglichkeiten, die uns heute zur Reduzierung von Treibhausgasen bekannt sind, nutzen. „Wenn die alten Industrieländer nicht vorangehen, wird es keine Nachahmer finden.“ Er hält eine Reduzierung um 80% für möglich. „Die Technik ist da, um 12% des Verbrauchs ohne Leistungsverlust einzusparen.“ Darüber hinaus werde im Kompetenzzentrum für Klimafolgenzenarien ein Programm zur Klimafolgenanpassung erstellt. Insgesamt betragen die Kosten für die erforderlichen Maßnahmen bis 2050 weltweit 3 Bio US-Dollar, aber „ohne diese Maßnahmen entstünden Schäden in Höhe von 10 Bio US-Dollar“. Die EU müsste bis 2050 pro Jahr 4 Mrd € ausgeben. Das sei machbar, wenn man bedenkt, dass alleine für den Zuckerausgleich 6,5 Mrd/Jahr bezahlt werden.

Harald Kächele (Präsident der Deutschen Umwelthilfe) betonte in der Diskussion „Klimaschutz – quo vadis?“ die Rolle der Kommunen. „Sie spielen bei der Umsetzung internationaler und nationaler Vereinbarungen und Richtlinien eine wichtige Rolle. Bei der Ausweisung von Wohn- und Industriegebieten und bei der Verkehrsplanung setzen sie durch energieeffiziente Planungen und Vorgaben

Klimaschutzmaßstäbe für die nächsten Jahrzehnte. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit könnten sie BürgerInnen über klimaschonendes Verhalten informieren.

Dieter Karlin (Direktor Regionalverband südl. Oberrhein) plädierte für eine umfassende Analyse verfügbarer Potenziale und bestehender Investitionsmöglichkeiten. „95% der eingesetzten Energieträger in unserer Region basieren auf fossilen Brennstoffen. Für den Bezug dieser Brennstoffe (Öl, Gas, Strom) fließt jährlich Kapital in Höhe von ca. 1,5 Mrd. € aus der Region. Mit der Umsetzung des identifizierten Marktpotenzials für die Nutzung regenerativer Energien und zur Reduktion der CO2-Emissionen könnten Investitionen von 340 – 440 Mio € pro Jahr ausgelöst werden. Diese Investitionen würden weitgehend vor Ort eingesetzt werden.“

Manfred Zott (Leiter der zentralen Instandhaltung der GETRAG-Werke) bestätigte, dass sich Investitionen in mehr Energieeffizienz in 1-6 Jahren amortisieren. Dabei seien die Strompreise ein dominantes Instrument, was Andreas Troge nur bestätigen konnte. Er findet es richtig, dass „mit der Ökosteuer (die doppelt so hoch sein müsste) die Umweltkosten dem Verbraucher angelastet werden“ und versteht nicht, wieso der Flugverkehr immer noch von der Kerosinsteuer befreit ist und Gewerbe auch ohne Öko-Audit pauschal von der Ökosteuer befreit wird.

Werner Spec schränkte seine eigene Forderung: „Die Kommunen müssen umsetzen was möglich ist“ gleich wieder ein, mit dem Verweis auf „das, was sich wirtschaftlich trägt.“ Damit kann man vieles abblocken oder auch forcieren. Es kommt eben auf den Weitblick an, sowohl zeitlich als auch global. Wer sich aber „nachhaltige Kommunalpolitik“ auf die Fahnen schreibt, sollte diesen Weitblick haben.

## „Ich habe die Heimfahrt überlebt“

VON STEFAN KUNZE

Ich habe die Heimfahrt überlebt! Wieder einmal Glück gehabt! Und das heute nicht nur einmal. Schon kurz nach dem Verlassen meines Arbeitsortes in der Innenstadt benötige ich meinen Schutzengel. Ein dunkles Auto, mit gut und gerne 60 km/h unterwegs, überholt mich auf dem Schillerplatz links- und das recht eng. Sein Fahrer muss ja unbedingt noch die grüne Ampel an der Kreuzung Schillerstraße bekommen, weil er ja die Menschen in der Myliusstraße mit seiner dröhnenden und dumpfen Musik aus dem Auto und seinem krachenden Auspuff so schnell wie möglich erfreuen will. Ich bin hier nur der Störenfried.

Weiter geht es Richtung Bahnhof. Wie kann ich nur so dumm sein, rechts auf der Straße zu fahren. So störe ich schon wieder. Diesmal die Kundin, die gerade ihren Kurzzeitparkplatz rechts gefunden hat und ohne in den Rückspiegel zu schauen, ihre Fahrtrür öffnet. Mit einem reflexartigen Schwenk nach links kann ich einen Aufprall gerade noch verhindern, berühre dabei aber fast den entgegenkommenden Bus. Wie gesagt: fast! Schon wieder Glück gehabt! Die ach so bedauernden Ladenbesitzer und Ärzte müssten ja all ihre Geschäfte und Praxen schließen, gäbe es diese Parkmöglichkeiten an der Myliusstraße nicht mehr. Die Kundschaft würde ausbleiben, weil der Fußweg von den öffentlichen Parkplätzen ja anscheinend niemandem zuzumuten ist. 150 Meter Bewegung sind halt 145 Meter zu viel.

Ich strecke nun meinen linken Arm aus, weil ich in die Alleenstraße einbiegen will. Toll, dass der Autofahrer, der mich trotz entgegenkommendem Autoverkehr noch überholen muss, es gerade noch schafft, nach rechts einzuschwenken und mich dabei fast nicht schneidet. Nur blöd, dass nun gerade der Dönerfleisch-Belieferer mit seinem Kleintransporter auf „unserem“ Weg steht. Wer kann auch ahnen, dass dieser schmale, ja geradezu schwäbisch geizig-enge Weg entlang der Alleenstraße ein Fahrradweg ist. So bleibt mir nichts anderes übrig, als kurz auf die Straße auszuweichen. Der hinter mir fahrende PKW-Lenker dankt mir das mit hektischer Huperei. Schon blöd, dass ich mich nicht in Luft auflösen kann. Er aber scheint dies so wahrzunehmen, sonst würde er mich am Überweg der Solitudestraße links Richtung Schillerplatz fahrend

nicht gänzlich ignorieren. Ich bin wirklich froh, dass die Bremsen an meinem Gefährt funktionieren. Schon wartet die nächste Prüfung auf mich. Die Autofahrer, die von links von der Mathildenstraße kommen, halten an der Ecke Seestraße/Alleenstraße ungerne wegen ein paar Radlern. Hände an den Bremsen, konzentrierter Blick nach links, hey, der VW-Fahrer hält sogar, Bremsen loslassen, unbeschwert weiter Richtung B27. Bremsen wieder anziehen, klar, das Handwerkerauto steht auf dem Fahrradweg, auf der Straße stehend könnte es ja Autofahrer stören...

An der Ampel an der Stuttgarter Straße erst einmal tief ein und aus atmen, hier ist alles gut geregelt. Dass ich bei Grün losfahre und von links ein Autofahrer noch vor mir über die Kreuzung rast, kommt wirklich sehr selten vor. Höchstens alle 6 Wochen! Könnte schlimmer sein! Aber nun kommen eigentlich erst die ultimativen Herausforderungen. Mindestens 50% der Autofahrer, die den Forum-Parkplatz nutzen, sind entweder kurzsichtig oder fahren ohne Fahrerlaubnis oder sind schlicht und ergreifend Radler-Hasser. Sieht er mich oder sieht er mich nicht, sieht er mich oder sieht er mich nicht...? Heute aber geschafft!

Ich auf dem „sicheren“ Radweg, rechts auf der Friedrich-Ebert-Straße die Autos. Auch das schnittige Cabrio überholt mich nun rechts. Schön langsam, die Fahrerin wahrscheinlich in Gedanken vertieft. So „abgrundtief“ aber, dass sie, links in die Fasanenstraße einbiegend, wohl schon wieder vergessen hat, dass sie vor circa 4 Sekunden mich passiert hat. Ich bin froh, dass ich es geahnt habe. Ich brems scharf.

Die nächsten Querungen (Jägerhofallee und Alt-Württemberg-Allee) verlaufen völlig problemlos, sehen wir einmal davon ab, dass es dieses Mal die Autos sind, die scharf bremsen müssen, als ich plötzlich vor ihnen auftauche. Wie sie mich verfluchen...! Bis zur Oststadtschule passiert nicht mehr viel: Die paar Mülltonnen umfahren, den kleinen, plötzlich querenden Kindern ausweichen, vom auf dem Fahrradweg stehenden Auto Notiz

nehmen. Wo soll der Fahrer auch halten, wenn Getränkeboxen geschleppt werden müssen? Auf der Straße doch nicht! Da könnten sich ja motorisierte Verkehrsteilnehmer wirklich gestört fühlen. Und rechts an der Straße sind die Parkplätze voll, weil ja fast alle Muttis ihre Kinder mit dem Auto aus dem Kindergarten abholen müssen. Entspannt um die zahlreichen Glasscherben in der Allee Richtung Stadion slalomierend, erreiche ich die nächste tückische Aufgabe. Die Ein- und Ausfahrt beim MTV stellt mich jeden Tag vor schwierige Aufgaben. Flexibilität ist angesagt: Mal parken sie den Radweg voll, mal ignorieren sie einen von links, mal von rechts kommend. Gleich darauf das nächste Hindernis: 07-Besucher kennen an-



scheinend nur den Fußball, Radwege sind ihnen fremd. Es wird geparkt ohne Rücksicht auf Verluste.

Jetzt aber habe ich es bald geschafft. Obweil ist schon zu sehen. Der Radweg ist zwar auch an dieser Stelle zu schmal. Man teilt ihn hier mit Spaziergängern, Joggern und Gassi-Gehern. Konzentration ist angesagt. Dann endlich zuhause- ohne körperliche Blessuren. Glück gehabt eben!

Meine Frage ging an einen Experten, warum die Stadt und der Gemeinderat die Situation für die Fahrradfahrer in Ludwigsburg nicht endlich entscheidend verbessern. Wie soll denn dies von Stadträten und städtischen Angestellten gesehen werden, die selbst seit ihrer Kindheit nicht mehr auf einem Fahrrad gesessen sind und sich nur noch motorisiert bewegen, so seine Antwort. Ich solle doch mal beobachten, wie viele Stadträte zu den Ausschüssen mit dem Auto kämen. Auch wieder wahr, aber wirklich traurig! Muss denn wirklich auf einen tödlichen Fahrradunfall gewartet werden, bis endlich etwas passiert?



## Löwensteiner Berge mit Hirnschmalz



VON EVA MANNHARDT

Den Mitgliedern der Grünen Kreisfraktion haben auf ihrer diesjährigen Klausurtagung die Köpfe geraucht. Zwei Tage lang wurde diskutiert und gestritten um schwierige Entscheidungen zu treffen. Besonders wichtig war die Auseinandersetzung mit der geplanten Erweiterung des Kreishauses, die im Kreistag zur Entscheidung anstand. Nicht nur wurde die von der Verwaltung vorgelegte Prüfung der Wirtschaftlichkeit genau betrachtet, es war der Fraktion besonders wichtig, auch die politischen Folgen eines Erweiterungsbau zu durchleuchten. Was bedeutet eine Zentralisierung der Verwaltungseinrichtungen, wie groß wird die zukünftige Verwaltung überhaupt sein und wollen wir das? Wie sieht in Zukunft

die Arbeitsstelle der Menschen aus, angesichts fortschreitender Verwendung von elektronischen Kommunikationsmitteln? Gibt es nicht neue urbanistische Konzepte und muss nicht auf die demographische

Entwicklung anders reagiert werden? Ist Altbausanierung ökologisch sinnvoller als energieoptimierter Neubau? Alle diese Aspekte sind eingeflossen in die mehrheitliche Entscheidung, den zweiten Bauabschnitt des Kreishauses abzulehnen. Kopfzerbrechen macht auch der Haushalt des Kreises für 2007. Er birgt erhebliche Risiken, wie zum Beispiel die nicht gesicherten Zuschüsse vom Bund für Wohngeld und Grundsicherung von ALGII-Empfängern. Ein Betrag von 5 Mio € steht im Raum, der noch finanziert werden müsste. Dennoch wurde die Kreisumlage in vorseitendem Gehorsam um einen Prozentpunkt gesenkt. Die Bürgermeister- und CDU-Riege im Kreistag hatte mit Antrag auf Senkung gedroht, weil im Jahr 2005 ein (einmaliger!) Überschuss erwirtschaftet worden war.

Trotzdem wird die Grüne Fraktion Anträge zur Stellenschaffung im Sozialbereich ausarbeiten. Zum Beispiel wird bei der Schuldnerberatung, bei der psychologische Beratungsstelle oder beim Arbeitslosenzentrum LB Bedarf gesehen.

Auch der ÖPNV war wieder auf der Tagesordnung. Zusammen mit Fachleuten wurde über die Wirtschaftlichkeit des Busverkehrs diskutiert. Die Sollkostenanalyse, die die Verwaltung 2003 beauftragt hatte, musste abgebrochen werden. Es waren keine Vergleichszahlen der tatsächlichen Kosten zu erhalten. Es besteht eindeutig der Verdacht, dass durch die intransparente Finanzierung und etliche „historische“ Verträge, die die Kreise festnageln am Ende zuviel Geld versickert. Die Grüne Fraktion ist sich sicher, dass auch mit weniger Geld mindestens die gleiche wenn nicht sogar eine verbesserte Nahverkehrsstruktur möglich wäre. Hier muss man am Ball bleiben. Die Fraktion hat jetzt ein Treffen mit allen Grünen aus den Verbundlandkreisen, der Region und aus Stuttgart zu diesem Thema organisiert.

Belohnt haben sich die fleißigen Fraktionsmitglieder dann aber doch: mit einem herrlichen Herbstspaziergang um den Breitenauer See und einem sehr leckeren Pfirsichlikör...

## „Für Herrn Specs Weihnachtswunsch gibt es die Rute“

Als völlig inakzeptabel hat der Grünen-Landtagsabgeordnete Jürgen Walter die Forderung des Ludwigsburger Oberbürgermeisters Werner Spec bezeichnet, die A81 achtspurig auszubauen und „als Krönung“, so Walter, noch eine weitere Anschlussstelle zwischen den Anschlussstellen Ludwigsburg Nord und Süd zu bauen. Der achtspurige Ausbau bedeute eine massive Belastung von Freiberg, Asperg, Möglingen, des westlichen Teils von Eglosheim, der Ludwigsburger Weststadt sowie von Teilen Pflugfeldens. „Ich habe Verständnis dafür, dass Herr Spec seine Stadtautobahn entlasten möchte, aber doch nicht mit Ideen, die die Belastung nur von einer Stelle auf die andere verschieben. Sollte dieser Plan Wirklichkeit werden, würden zukünftig viele Menschen in Asperg und Eglosheim mit dem Gefühl leben, der Autobahnverkehr würde direkt durch ihre Wohnungen führen. Die jetzige Verkehrssituation ist ein Beweis für das Scheitern der bisherigen Verkehrspolitik. Mit den Ideen und Methoden, die dieses Scheitern verursacht haben, lassen sich aber nicht die Probleme von morgen lösen“, erklärte Walter. Schon heute sei die Belastung durch Lärm und Abgase entlang der A81 unerträglich. Die von der Landesregie-

rung abgebrochenen Feinstaubmessungen hätten für den Bereich zwischen Ludwigsburg Süd und Ludwigsburg Nord sowie auf der Höhe von Freiberg unakzeptable Werte ergeben. Ein Blick auf die Zwischenergebnisse mache dies mehr als deutlich. Folgerichtig könnte man seit vielen Jahren im Bereich des Osterholzes und der Ludwigsburger Weststadt das Phänomen des „Industrieschnees“ beobachten. Dies sei ein Indiz für starke Luftverschmutzung. „Viele Bewohner der Ludwigsburger Weststadt fühlen sich in dieser Frage vom Ludwigsburger Rathaus schon lange allein gelassen. Von daher ist es nicht nachvollziehbar, dass Herr Spec mit dem Ausbau der A 81 und der neuen Anschlussstelle der Weststadt noch mehr Lebensqualität nehmen möchte“, meinte Walter. Als es um die Ansiedlung der Firma Bruch im Osterholz gegangen sei, habe der Ludwigsburger OB sowohl mit der hohen Vorbelastung der Weststadt argumentiert als auch an einen guten nachbarschaftlichen Umgang appelliert. Beides müsse aber auch in dieser Frage noch Gültigkeit haben. „Herr Specs Weihnachtswunsch kann daher nicht erfüllt werden. Er muss eher damit rechnen von den Betroffenen die Rute zu bekommen“, so Walter. (reda)

## Grüne gegen Bevorzugung von Lidl

Kornthal-Münchingen. Die Grüne Gemeinderatsfraktion fordert sachliche Argumente für die Auswahl eines Discounters in Münchingen

Die Fraktionsvorsitzende Eva Mannhardt äußerte in einer Gemeinderatsitzung schwere Bedenken sowohl gegen den Standort auf der grünen Wiese als auch gegen die Pläne von Lidl.

Vor den Toren Münchingens soll ein Lidl-Markt gebaut werden. Den Standort bestimmten die Gemeinderäte in nichtöffentlicher Sitzung bereits im August. Das Gebiet liegt mitten in einem Kaltluftsammlergebiet außerhalb des Ortszentrums. Bester Ackerboden soll versiegelt werden und ob die Ausgleichsmaßnahmen extern erfolgen müssen ist noch nicht geklärt. Der Markt wird nur für wenige Einwohner am östlichen Rand von Münchingen fußläufig erreichbar sein. „Münchingens Einzelhandel hat schwer zu kämpfen. Zentrenschutz müsste dort eigentlich oberste Priorität haben“, so Eva Mannhardt. Die Grünen befürchten, dass durch den neuen Discounter die Innenstadt vollends ausblutet.

Für die vergangene Sitzung lagen den Gemeinderäten Angebote von vier verschiedenen Betreibern vor. Es wurden allerdings nur Angaben zum Flächenverbrauch und zur Parkplatzzahl gemacht. „Offensichtlich macht sich niemand Gedanken weder über soziale Aspekte bei Discountern noch zum Produktangebot“, bemängelte Grünen-Stadtrat Wolf Ohl. Er wies auf die

bekanntesten fragwürdigen Praktiken bei der Personalführung insbesondere bei Lidl hin. Auch Kriterien bei der Marktführung wie zum Beispiel das Angebot an regionalen Produkten wurden nicht aufgeführt. Es gab weiterhin keine Stellungnahmen der Betreiber zur Ausführung der Planung, ob zum Beispiel ein Anschluss an das nahe liegende BHKW erfolgen würde. Das Dach könnte für Solaranlagen zur Verfügung stehen, Ausgleichsmaßnahmen könnten durch aufwändigere Gestaltung innerhalb des Geländes erreicht werden.

Nichts davon interessiert Verwaltung oder Gemeinderat. Dennoch soll der Markt an Lidl vergeben werden, obwohl dieser im Gegensatz zu den anderen drei Anbietern am meisten Fläche beansprucht, insgesamt mehr als doppelt so viel. Lidl veranschlagt auch für Nutz- und Parkplätze 30 % mehr. „Offensichtlich rechnet Lidl bereits mit einer in absehbarer Zeit möglichen Erweiterung der Verkaufsfläche auf mindestens 1000 m<sup>2</sup>“, befürchtet Eva Mannhardt. Pikanterweise beschloss der Gemeinderat in selbiger Sitzung auch eine Aufforderung an die Region, im Regionalplan großflächigen Einzelhandel ohne Sortimentsbeschränkung zuzulassen. „Das gibt Münchingen dann den Rest“, ist sich die Grünen-Stadträtin Mareile Ahmadi sicher. Auch wenn die Bevölkerung angeblich nur Lidl will, müssten Verwaltung und Gemeinderat ihre Entscheidungen sachlich begründen. In diesem Fall hat blanke Ignoranz regiert. (reda)

## Nichtbesetzung von 521 Lehrerstellen trifft besonders Grund- und Hauptschulen im Kreis

Jürgen Walter: Wer bei Bildung spart, zementiert die soziale Ungerechtigkeit an den Schülern

Als klaren Bruch des Wahlversprechens und der Koalitionsvereinbarungen bezeichnet Jürgen Walter, Landtagsabgeordneter aus dem Wahlkreis Ludwigsburg, die Ankündigung von Kultusminister Rau, 521 Lehrerstellen nicht wieder zu besetzen. Man müsse sich allmählich fragen, wer bei der Landesregierung die Hosen anhave, der Ministerpräsident Günter Oettinger oder der Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten, Stefan Mappus. Während Ministerpräsident Oettinger und die Landesregierung zugesagt hatten, bis 2011 keine Lehrerstellen zu streichen, erklärte Mappus vor kurzem, die Nichtbesetzung einiger hundert Lehrerstellen sei kein Beinbruch.

Das Eigenlob des Kultusministers, es werde keine Lehrerstelle gestrichen,

bei gleichzeitiger Zustimmung zur Nichtbesetzung bezeichnet Jürgen Walter als fadenscheinig: „Lehrerstellen auf dem Papier nützen Eltern und Schülern nichts, sie brauchen reale Lehrerinnen und Lehrer, die im Klassenzimmer stehen und die Kinder fördern. Ministerpräsident Oettinger und Kultusminister Rau sind bereits zu Beginn der Legislaturperiode auf dem besten Weg, ihre bildungspolitische Glaubwürdigkeit zu verspielen.“ Walter hält die Information von Kreis-Schuldezernent Karl Wisskirchen, dass die Lehrerausstattung im Kreis Ludwigsburg dann nur noch für den Pflichtunterricht reiche und die Deputate an den Grund- und Hauptschulen zurückgingen, für alarmierend.

„Nach den Zahlen der OECD sind in Baden-Württemberg gerade die Aus-

gaben für Grundschulen unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Der Klassenteiler von 31 ist zu hoch, wir wollen Klassen mit höchstens 25 Schülerinnen und Schülern“. Das stehe mit der faktischen Streichung der 521 Deputate in den Sternen.

„In den Grundschulen werden die Grundlagen gelegt für den Erfolg in der späteren Bildungslaufbahn. Wer hier spart, trifft vor allem die Schwächeren, die erhöhte Aufmerksamkeit und Förderung brauchen. Damit wird die soziale Ungerechtigkeit im baden-württembergischen Schulwesen zementiert.“

Um die Lehrerzahlen am Ziel einer besseren Unterrichtsversorgung auszurichten, sei die Besetzung aller Deputate unerlässlich, so Jürgen Walter abschließend. (reda)

## Auch im Kreis mangelt es an Lebensmittelkontrolleuren

Den Ruf von Landrat Rainer Haas nach weiteren Lebensmittelkontrolleuren für den Landkreis nimmt der Landtagsabgeordnete Jürgen Walter zum Anlass, auf die verheerenden Folgen der Verwaltungsreform hinzuweisen. Die mutwillige Zerschlagung des Wirtschaftskontrolldienstes und seine Eingliederung in die Kommunen sei ein großer Fehler gewesen. Die aufgrund der gewachsenen Aufgaben berechnete Forderung nach mehr Kontrolleuren mache zudem deutlich, dass die durch die Verwaltungsreform angestrebte 20%-ige Effizienzrendite nie und nimmer erbracht werden kann. „Verbraucherschutz kann es nicht zum Spartarif geben. Mit Spannung werden wir nun die Debatte verfolgen, wer die zusätzlichen Stellen bezahlen soll, das Land oder die Landkreise“, so Walter.

Die Forderung nach fünf zusätzlichen Personalstellen greife allerdings zu kurz. Der Lebensmittelkontrollleur müsse weisungsunabhängig sein. Dies sei bei einer Anbindung an die Kommunen nicht gegeben. Die Lebensmittelüberwachung müsse daher zurück ans Land. „Durch die Eingliederung des WKD in die Kommunen ist die vormals straffe

polizeiliche Organisation auf 44 Kommunen verteilt worden. Gerade bei kriminellen Machenschaften im Lebensmittelbereich ist eine Kontrolle durch weisungsunabhängige Polizeibeamte geboten. Diese können dann aufgrund ihrer Ermächtigung als Ermittlungsbeamte der Staatsanwaltschaft Sofortmaßnahmen treffen, um den Verbraucher zu schützen.“ Gerade durch den Kontrollruck des WKD sei es in den zurückliegenden Jahren zu keinen größeren Skandalen in Baden-Württemberg gekommen.

Bis zur Auflösung des WKD im Zuge der Verwaltungsreform standen in Ludwigsburg 14 Mitarbeiter für die Lebensmittelüberwachung zur Verfügung, jetzt sind es noch 9 Stellen. Nicht zur Vereinfachung trägt bei, dass der Lebensmittelkontrollleur der Kommune (ehemals WKD-Beamter) in der Regel seinen Kollegen von der Polizeidienststelle hinzu rufen muss, der dann die Straftat weiter bearbeitet. „Dies nennt man dann Verwaltungsvereinfachung, wenn 2 Dienststellen am gleichen Fall arbeiten. Gerade hierdurch wird der Ermittlungsvorgang unnötig verzögert“, so Jürgen Walter. (reda)

## Grün aktiv

An dieser Stelle soll es einen Überblick darüber geben, wie und wo sich Grüne engagiert haben. Beiträge und Fotos von Traute Theurer, Max Bleif, Hendrik Lüdke, Siegfried Rapp und Julia Schweizer.

Am 5. Oktober war Alexander Bonde, MdB, in Ludwigsburg, um über das mehrheitliche „Ja“ seiner Fraktion zum Bundeswehreinsetz vor der libanesischen Küste zu diskutieren. Er selbst schilderte nachvollziehbar seine Argumente für eine Zustimmung, aber auch seine Bedenken und Befürchtungen, die nicht auch zuletzt mit den Bedingungen des Einsatzes zusammen hingen. Schlüsselfrage sei nun, wie man in der Region zu einer Stabilität und Frieden mit dem Nachbarn Israel komme.

Seit nahezu einem halben Jahr diskutiert nun die Politik die neue Gesundheitsreform. Und der gemeine Patient fragt sich, was da wohl auf ihn zukommt. Um diese Frage zu beleuchten veranstaltete der Kreisverband im November eine Podiumsdiskussion zum Thema „Gesundheitsreform – wohin geht's“. Mit am Tisch saßen Dr. Thomas Kauth (Kinderarzt in Ludwigsburg), Oliver Reken (Landesgeschäftsführer mhplus/BKK) und Biggi Bender (MdB), gesundheitspolitische Sprecherin der GRÜNEN im Bundestag. Alle Diskutanten sahen nicht viel Potential für positive Veränderungen und vor allem langfristige Wirkungen durch diese Reform.



Überraschend hingegen war der Besuch von Olzod Bhum-Yalagch. Er ist der internationale Sekretär der Grünen in der Mongolei, Mitglied im Landesvorstand sowie Vorsitzender in der Hauptstadt Ulaanbaatar. Und weil der Anbieter von ökologischen Reisen gerade geschäftlich in Deutschland war, nutzte er die Zeit, und schaute bei einer Kreisvorstands-Sitzung vorbei. Dabei erzählte er uns nicht nur Wissenswertes über die Grünen in Asien insgesamt, sondern auch über Menschenrechtsverletzungen in seiner Heimat, von der Umweltproblematik vor Ort ganz zu schweigen. Mehr dazu auf der Homepage des Kreisverbands, bzw. bei einer geplanten Veranstaltung mit Olzod im Februar.

Sehr fleißig waren die Marbacher Grünen bei der Heckenputzete des örtlichen Schwäbischen Albvereins Ende November. Karin Moll, Sebastian Engelmann, Winfried Coster und Hendrik Lüdke haben den nördlichen Außenbereich zusammen mit der CDU und der FWV gereinigt. Insbesondere um den Festplatz Galgen mussten zahlreiche Flaschen aus den Hecken geholt werden.

Lob gibt es auch für die Bietigheimer Grünen: Sie haben zusammen mit Franz Untersteller am 2. Adventssamstag in der Fußgängerzone Glühwein, selbstgebackene Muffins und Hefezopf verkauft. Der Erlös der Aktion, 125 €, ging an die Aktion „Menschen in Not“ der Bietigheimer Zeitung.



Zurück in die Schule ging es für unsere beiden Landtagsabgeordneten Franz und Jürgen. Hintergrund war der bundesweite Vorlesetag der Stiftung Lesen und der Wochenzeitung DIE ZEIT.

In Berlin war eine Gruppe um Siegfried Rapp und Ingrid Hönlinger. Sie besuchten dort Biggi Bender, MdB, sowie u.a. den Bundestag, das Bundespresseamt, das Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen und das Jüdische Museum.

Uuuuund, last but not least: die Umstiegsparty. Eingeladen waren nicht nur die Grünen-Mitglieder, sondern auch all jene, die durch die „Aktion Rückenwind“ auf Ökostrom umgestiegen sind, sowie Ursula Sladek von EWS Schönau und Mona Neubaur von der Naturstrom AG. An dieser Stelle auch Danke an die Sponder für die Tombola. Mitmachen durften alle, die Ökostrom beziehen. Der Hauptpreis, die Reise nach Berlin, ging an Roswitha Matschiner.

Ach so: Vorgelesen wurde auch bei der Umstiegsparty. Dieses Mal allerdings von Klaus Hoffmann, aus seinem Buch „fünfmal Holland“.



SORGT FÜR HEITERKEIT: DAS ABSCHLIEßENDE „KRUSCHT-WICHTELN“



## Neues Wohnen – in Freiburg-Vauban und Scharnhäuser Park

VON ROSWITHA MATSCHINER

In der Kommunalpolitik ist es gerade „in“ über den demografischen Wandel zu klagen und mit neuen Baugebieten auf der „grünen Wiese“ (z.B. Jahnstraße in Poppenweiler, Wasserfall in Pflugfelden und Neckarterrassen in Neckarweihingen) günstigen Wohnraum für Familien zu fördern, weil lt. Mehrheitsfraktionen ein Einfamilien-, Doppel- oder Reihenhäuser mit eigenem Garten der Wunsch jeder Familie ist. Wenn dann der Garten aus Kostengründen etwas mager ausfällt und auf dem Vorgarten ohnehin das Erst- und Zweitauto im Carport steht, bzw. der Garten etwas langweilig wird, weil eine Tiefgarage drunter nur Bodendecker zulässt, sind das halt die Kompromisse, die man schließen muss. Muss man das wirklich? Wir wollten's nicht glauben und haben uns anderswo umgesehen.

### Freiburg-Vauban

Bei einem Ausflug am 21. Oktober nach Freiburg führte uns Architekt Hubert Burdinski durch Vauban, und



erläuterte die Entwicklung der ehemaligen Kaserne zum Wohngebiet, das auf einer Fläche von 40 ha 3 km von der Stadtmitte entfernt ein neues Zuhause für 5000 Menschen wird. Baubeginn war 1998. Der 3. und letzte Bauabschnitt wird derzeit bebaut. Heute sind 40% der Bewohner dort unter 18 Jahre alt. Der Unterschied zu herkömmlichen neuen Baugebieten sticht ins Auge, wenn man durchläuft. Straßen und Plätze werden von Menschen - nicht von Autos - dominiert. Die Grünflächen und Bewegungsräu-

me sind ebenso wie die Architektur lebendig und vielfältig gestaltet. Wie kommt das?

### Das Verkehrskonzept

Die Straßenbahn fährt in gemütlichem Tempo durch Vauban und hat dort 3 Haltestellen. Zwei Quartiersgaragen sind vom Gebietsrand aus anfahrbar, alle Wohnungen sind von da auf kurzen Wegen zu erreichen, alle Häuser sind zum Ein- und Ausladen direkt anfahrbar, in den Wohnstraßen wird Schritttempo gefahren. Es gibt dort keine Gehwege oder Stellplätze. Büro- und Ladenflächen liegen an der Vauban-Allee, die als Hauptachse, auf der auch die Straßenbahn fährt, das Gebiet in Nord-Süd-Richtung erschließt. Hier gibt es Besucher- und Gewerbestellplätze, die allerdings bewirtschaftet werden um zu verhindern, dass sich jemand die Kosten für einen Stellplatz (18.000 €) in der Quartiersgarage spart. 35% der Haushalte haben sich für ein Wohnen ohne eigenes Auto entschieden. Um die Stellplatzverpflichtung nach der Landesbauordnung zu umgehen, regelt ein Vertrag,

dass der autofreie Haushalt einmalig ca. 3.500,- € zu zahlen hat. Mit dem Geld wurde eine Vorhaltefläche erworben, auf der im Notfall Stellplätze nachgerüstet werden können. Solange dies nicht der Fall ist, kann die Fläche z.B. als Grillplatz, Volleyballfeld, Spielplatz oder für Kleingärten genutzt werden. Das Angebot unterschiedlicher Car-Sharing-Fahrzeuge erleichtert den Verzicht auf das eigene Auto.

### Baugruppen-Projekte

Die konsequenteste Art und Weise, Menschen an der Entwicklung ihrer Nachbarschaft zu beteiligen, ist, ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Wohnungen und Häuser selbst zu planen und zu bauen. Die von Baugemeinschaften realisierten Bauvorhaben weisen eine überdurchschnittliche Bau- und Wohnqualität auf. Gemein-

sam kann man sich manches leisten, das alleine nicht möglich wäre (z.B. Aufzug, Garten/Dachgarten, Waschküche, Solaranlage, gesundheitlich unbedenkliche Baumaterialien). Als Baugruppe kann man gegenüber der Bauträgermodell bis zu 30% günstiger bauen. Man lernt seine Nachbarn schon vor dem Einzug kennen, bzw. sucht sich unter Baugruppeninteressenten Gleichgesinnte. Rund 60 Baugruppenprojekte wurden im Vauban bis heute umgesetzt. Bauträger dagegen sind am maximalen Profit orientiert. Die Folge: Das Grundstück wird ausgemastet, die Architektur ist quadratisch-praktisch, austauschbar und langweilig. Die Bewohner kennen einander kaum. Die Gärten sind grüne Tiefgaragendeckel und laden nicht zu gemeinsamen Aktivitäten ein. Ausführliche Infos zu Vauban gibt es im Internet unter <http://www.forum-vauban.de/dubai-award.shtml>

tagstisch und Ganztagsbetreuung eingerichtet. Die öffentlichen Einrichtungen und privaten Dienstleistungen für die Familien haben ebenso wie die Gestaltung der öffentlichen Plätze Priorität. Leider werden die zur Bebauung freigegebenen Flächen von Bauträgern ausgemastet mit den oben beschriebenen negativen Auswirkungen (Tiefgaragen und Stellplätzen im Vorgarten etc.). Es gibt ein einziges Baugruppenprojekt, in dem übrigens der Architekt selbst auch wohnt. Ausführliche Infos zum Scharnhäuser Park gibt es im Internet unter [www.ostfildern.de/content\\_page\\_4.html](http://www.ostfildern.de/content_page_4.html)

### Ostfildern-Scharnhäuser Park

Hier entstehen auf einer Fläche von 140 ha Wohnungen für 9000 Einwohner und 2500 Arbeitsplätze. Dabei konzentriert sich die Bebauung auf knapp die Hälfte der Fläche. Der Rest bleibt frei von Bebauung und dient der Naherholung. Der Park ist nicht nur ein kompakter Siedlungskörper mit flächensparender Siedlungsstruktur, auch das Abwassertrennsystem mit Versickerung des Regenwassers in öffentlichen Flächen ist beispielhaft: Eine 1 km lange und 40 Meter breite grüne Schneise durchzieht das Gebiet von Norden nach Süden abfallend und gibt im Süden einen großzügigen Blick auf die Schwäbische Alb frei. Auf dieser grünen Schneise sammelt sich das Regenwasser der gesamten versiegelten Fläche und kann so dem Grundwasser zugeführt werden statt die Kanalisation zu belasten. In den meist trockenen Zeiten wird die Fläche von Jung und Alt für vielfältige Freizeitbeschäftigung genutzt. Von Anfang an hat der Gemeinderat Ostfildern auf eine familien- und kinderfreundliche Planung Wert gelegt. Als erstes Bauvorhaben wurde ein dreigruppiger Kindergarten mit Mit-



QUARTIERSGARAGE

tagstisch und Ganztagsbetreuung eingerichtet. Die öffentlichen Einrichtungen und privaten Dienstleistungen für die Familien haben ebenso wie die Gestaltung der öffentlichen Plätze Priorität. Leider werden die zur Bebauung freigegebenen Flächen von Bauträgern ausgemastet mit den oben beschriebenen negativen Auswirkungen (Tiefgaragen und Stellplätzen im Vorgarten etc.). Es gibt ein einziges Baugruppenprojekt, in dem übrigens der Architekt selbst auch wohnt. Ausführliche Infos zum Scharnhäuser Park gibt es im Internet unter [www.ostfildern.de/content\\_page\\_4.html](http://www.ostfildern.de/content_page_4.html)

Wir brauchen auch in Ludwigsburg vielfältige Wohnformen um Angebote für die unterschiedlichen Bedürfnisse zu haben. Bei dem bisherigen Einheitsbrei in neuen Wohngebieten laufen wir Gefahr, dass gerade innovative junge, hochqualifizierte Leute (z.B. aus der Medienbranche oder den Hochschulen) sich nicht für Ludwigsburg entscheiden, wenn sie eine Familie gründen wollen. Auf dem 17 ha großen ehemaligen Kasernenareal soll ein neues Wohngebiet mit 700-800 Wohnungen entstehen. Noch ist der Kaufvertrag mit dem Bund, dem bisherigen Eigentümer, nicht unterzeichnet. Seit Jahren schleppen sich die Verhandlungen dahin. Die Flakkaserne bietet ähnliche Voraussetzungen wie Vauban. Wir hoffen, dass die durch die verzögerten Kaufverhandlungen gewonnene Zeit ausreicht, um die dicken Bretter, die hier politisch noch gebohrt werden müssen, durchzukriegen.

### Flakkaserne, Ludwigsburg

Wir brauchen auch in Ludwigsburg vielfältige Wohnformen um Angebote für die unterschiedlichen Bedürfnisse zu haben. Bei dem bisherigen Einheitsbrei in neuen Wohngebieten laufen wir Gefahr, dass gerade innovative junge, hochqualifizierte Leute (z.B. aus der Medienbranche oder den Hochschulen) sich nicht für Ludwigsburg entscheiden, wenn sie eine Familie gründen wollen. Auf dem 17 ha großen ehemaligen Kasernenareal soll ein neues Wohngebiet mit 700-800 Wohnungen entstehen. Noch ist der Kaufvertrag mit dem Bund, dem bisherigen Eigentümer, nicht unterzeichnet. Seit Jahren schleppen sich die Verhandlungen dahin. Die Flakkaserne bietet ähnliche Voraussetzungen wie Vauban. Wir hoffen, dass die durch die verzögerten Kaufverhandlungen gewonnene Zeit ausreicht, um die dicken Bretter, die hier politisch noch gebohrt werden müssen, durchzukriegen.

Wir hoffen, dass die durch die verzögerten Kaufverhandlungen gewonnene Zeit ausreicht, um die dicken Bretter, die hier politisch noch gebohrt werden müssen, durchzukriegen.

## Wirtschaftsförderungsstrategie 2020 – Regionalgrüne Vorstellungen

VON ILSE MAJER-WEHLING

Nach 10 Jahren regionaler Wirtschaftsförderung hat der Wirtschaftsausschuss des Verbands Region Stuttgart (WIV) im Oktober 2005 beschlossen, bis Mitte 2006 eine Strategie zu entwickeln, wie regionale Wirtschaftsförderung künftig aussehen muss. Dabei sollen und müssen die Themen Demografischer Wandel, Innovationsfähigkeit, Arbeitsmarkt, Infrastruktur, Strukturwandel und Leben in der Region untersucht werden. So weit, so gut.

Bis Sommer 2006 haben zwei Expertenrunden mit regionalen und internationalen Fachleuten zu Zukunftsprognosen für die „Wirtschaftsregion Stuttgart“ und die sie prägenden Branchen (Fahrzeugbau, Maschinen- und Werkzeugbau, Elektronik, IT-Dienstleistungen, Umwelttechnik, Medien und Verlage) stattgefunden, allerdings ohne – wie ursprünglich beschlossen – die Fraktionen bei der Vorbereitung einzubeziehen. Nun sollte am 15.11. eine Handlungsempfehlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WRS) des Verbands WIV diskutiert werden. Dazu kam es nicht, weil der Tagesordnungspunkt zum Glück allen zu wichtig war, um ihn am Ende der Sitzung in Schnelle abzuhandeln.

Meine grundsätzliche Meinung zur künftigen Wirtschaftsförderungsstrategie der Region, für die hoffentlich genügend Zeit für Diskussionen vorgesehen wird:

Wir brauchen eine ressourceneffiziente Wirtschaft mit umweltverträglichen Produkten und Technologien unter Berücksichtigung der Technikfolgen. In der künftigen regionalen Wirtschaftsförderung müssen die Themen Energie und Umwelt sowie Bildung und Weiterbildung oberste Priorität erhalten. Klimawandel, Globalisierungsfolgen, Armut und endliche Ressourcen machen dies dringlicher denn je.

Die Vorlage nennt 4 strategische Handlungsfelder, die prinzipiell richtig sind, in denen aber unsere grünen Vorstellungen einfließen müssen.

### Cluster und Netzwerke

Wichtiger Faktor im Strategiefindungsprozess ist die Konzentration auf die bestehenden Cluster der Region in den Bereichen Fahrzeugbau und Medien, die „inhouse“ betreut werden, und die Regionalen Kompetenzzentren, die von der WRS extern betreut werden. Diese moderne Form des „networking“ soll richtigerweise auch auf neue Netzwerk-Initiativen ausgedehnt werden.

Wir Regionalgrüne wollen dabei vorrangig Technologien zur sparsamen Nutzung von Energie und Material, für Gesundheit und umweltschonenden Straßenverkehr gefördert sehen. Wir regen an, ökologische Standards zu entwickeln und den Logistikbereich als Kompetenz aufzubauen. Die Güterverteilung muss auf die Schiene.

„Der Umsatz der Umweltbranche wird sich bis zum Jahr 2030 versechsfachen, und der Fahrzeugbau wird als Leitbranche für die deutsche Wirtschaft abgelöst“ heißt es der jüngsten Roland-Berger-Studie bis 2020. Die neue Strategie muss dies berücksichtigen und Umwelttechnik in den Katalog der neuen Schwerpunkte aufnehmen.

### Unternehmensentwicklung und -gründung

Nach dem Strukturbericht 2005 soll der Technologietransfer so organisiert werden, dass Forschungs- und Entwicklungs-Know-how auch für Nichtwissenschaftler verständlich und in stärkerem Umfang als bisher in die Wirtschaft der Region kommuniziert wird.

Als begleitende Maßnahmen sind nach dem Bericht darüber hinaus Pro-

jekte wichtig, die speziell für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) relevante Informationen aus der Wissenschaft herausfiltern, ihre Innovationsfähigkeit erhöhen und den Forschungsbereich in stärkerem Maße auch für kleinere Betriebe zugänglich und nutzbar machen. Deshalb fordern wir hier die Aufnahme des Punktes „Unterstützung des Wissenstransfers zusammen mit den Hochschulen und der IHK“.

Außerdem ist darauf zu achten, dass Förderung auch Unternehmen berücksichtigen, die nicht aus regionalen Clustern kommen.

### Qualifizierung und Fachkräfte

Wir unterstützen ein Verständnis von qualitativem Wachstum – qualitativ, aber nicht nur im Sinne der Förderung der Spitzenleute, die notwendig ist, sondern auch durch Förderung von Benachteiligten. Bislang wird ein Hauptaugenmerk auf zukünftige Ingenieure und auf die Abwerbung gelegt. Trotz des derzeitigen Aufschwungs sind Ältere und immer mehr junge Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen. Viele benachteiligte Jugendliche erhalten nicht einmal einen Ausbildungsplatz, befinden sich in Warteschleifen von BVJ, sozialem Jahr, Praktika und erscheinen nicht in den positiven Zahlen von IHK und HWK. Die Wirtschaft kann bei Abnahme der Bevölkerung nicht auf diese Gruppen verzichten. Wir fordern daher den Punkt „Unterstützung von Qualifizierungsmaßnahmen – auch für gering Qualifizierte“ als Schwerpunktthema aufzunehmen.

Im kürzlich veröffentlichtem „Innovationsindikator für Deutschland“ wurde das Defizit des Landes bei Bildung mit Erstaunen festgestellt. An der Studie beteiligte Wissenschaftler empfehlen, jeden frei werdenden Euro in die Vorschulerziehung zu stecken, damit sich die Talente aller Kinder entfalten können. Auch wenn die Re-

gion nicht direkt zuständig ist, empfehlen wir, hier tätig zu werden und den zuständigen Ministerien „auf die Füße treten“. Dabei sollte die Region sich nicht scheuen, die Beziehungen der in der Regionalversammlung sitzenden MdL und MdB zu nutzen. Aber auch die Wirtschaft ist gefordert, einen Beitrag zu leisten, z.B. durch verstärkte Partnerschaften von Unternehmen und Schulen und bei Betriebskindergärten.

Wir sind der Meinung, dass der Fachkräftemangel bewältigt werden könnte, wenn das Potenzial der hoch qualifizierten Frauen besser genutzt würde und mehr Frauen in Spitzenpositionen kämen. Die WRS stützt sich in ihren Anstrengungen bisher nur auf den Aspekt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Nur ein Beispiel für ungerechte Geschlechterpolitik: Frauen verdienen für gleiche Arbeit immer noch 20 % im Durchschnitt weniger als Männer.

Wir plädieren auch Konzepte zu entwickeln, um Chancengleichheit für Männer und Frauen voranzubringen. Wenn es nicht zu einem Mentalitätswandel, v.a. in den Personalstellen von Firmen, kommt, ändert sich nach Ansicht von ArbeitswissenschaftlerInnen in diesem Bereich nichts.

### Standortmarketing und Investorenservices

Wir wollen nicht, dass das Verfassungsprinzip der gleichen Lebensverhältnisse gefährdet wird. Bei dem Schwerpunkt „Zuwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte“ muss darum berücksichtigt werden, dass der Braindrain aus wirtschaftsschwachen Regionen dort zu gravierenden volkswirtschaftlichen Nachteilen mit Folgen für die gesamte Gesellschaft führt.

Die „Kommunikation der Region nach außen“ zu erweitern ist eine Seite, die Kommunikation „nach innen“ die andere Seite der Medaille. Wie der

## TERMINE

Freitag, 29.12., 18 Uhr  
Keller der Stadtbücherei Vaihingen  
**Empfang zum Jahreswechsel der OV Vaihingen, Mühlacker und Illingen**  
Gastrednerin: Sylvia Kotting-Uhl, MdB, umwelpol. Sprecherin

Freitag, 19.1., 20 Uhr  
Staatsarchiv Ludwigsburg  
**Neujahrsempfang des Kreisverbandes**  
Zu Gast: Fritz Kuhn, MdB, sowie Olzod Buhm-Yalagh, Grüner aus der Mongolei

geplant:  
Dienstag, 13.2.  
Olzod Buhm-Yalagh aus der Mongolei berichtet über sein Land

## Impressum GRÜNSPIEGEL

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg. Der GRÜNSPIEGEL ist kostenlos erhältlich. Der Versand kostet für Nichtmitglieder im Jahr 18 Euro im Kreis, 26 Euro bundesweit. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber/Anschrift der Redaktion**  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband Ludwigsburg,  
Ortsverband Ludwigsburg  
Im Umland, Umlandstraße 21  
71638 Ludwigsburg  
Tel: 07141-927926  
Fax 07141-905194  
kv.ludwigsburg@gruene.de  
www.gruene-ludwigsburg.de  
KontoNr: 253074029, Volksbank Ludw.  
BLZ 604 901 50, KV Ludwigsburg

**Redaktion (ViSDP), Layout und Gestaltung, Anzeigenkoordination**  
Christian Gärtner, Julia Schweizer  
gruenspiegel@gmx.de

**Druck**  
Druckerei Ratz, Schönaich

**Ausgabe**  
November/Dezember 2006

**Auflage**  
700

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsverbandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich.

ANZEIGE



erhältlich im Online-Shop unter [www.didymos.de](http://www.didymos.de) sowie im Buchhandel